Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11433**

18. Wahlperiode 08.03.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ekin Deligöz, Kerstin Andreae, Sven-Christian Kindler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/9042 –

Für eine transparente und geschlechtergerechte Haushaltspolitik – Gender Budgeting als Instrument von Good Governance

A. Problem

Seit dem Jahr 2006 liegt eine von der damaligen rot-grünen Bundesregierung beauftragte „Machbarkeitsstudie Gender Budgeting im Bundeshaushalt“ vor, welche zeigt, dass Gender Budgeting auch im deutschen Bundeshaushalt umgesetzt werden kann und es in den unterschiedlichen Einzelplänen dafür Anknüpfungspunkte gibt. Seither hat jedoch keine Bundesregierung mehr das Thema voran gebracht. Das Nicht-Agieren der Bundesregierung wurde auch auf internationaler Ebene bereits kritisiert: Der Prüfausschuss der von der Bundesrepublik ratifizierten UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) sieht mit Sorge, „dass trotz der Absichtserklärung zum geschlechtergerechten Finanzmanagement der öffentlichen Haushalte von 2004 und 2007, einschließlich der veröffentlichten Machbarkeitsstudie, bislang keine Schritte zur Umsetzung geschlechtersensibler Haushalte im Bundeshaushalt unternommen wurden.“

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/9042 abzulehnen.

Berlin, den 8. März 2017

Der Haushaltsausschuss

Dr. Gesine Lötzsch
Vorsitzende

Michael Leutert
Berichterstatter

Alois Rainer
Berichterstatter

Ulrike Gottschalck
Berichterstatterin

Ekin Deligöz
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Michael Leutert, Alois Rainer, Ulrike Gottschalck und Ekin Deligöz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 183. Sitzung am 7. Juli 2016 den Antrag auf **Drucksache 18/9042** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, auf die stufenweise Erprobung und Einführung von Gender Budgeting als Analyse- und Zielsteuerungsinstrument im Bundeshaushalt hinzuwirken.

In einer zweijährigen Pilotphase soll die Umsetzung von Gender Budgeting anhand von zwei oder mehr geeigneten Titeln pro Ressort (Einzelpläne 32 und 60 ausgenommen) im Haushaltsjahr erprobt werden (d. h. Bereitstellung von Genderinformationen und Formulierung von Zielen und Schritten der Zielerreichung).

Eine interministerielle Gender Budgeting-Steuerungsgruppe soll eingerichtet werden, um die Umsetzung von Gender Budgeting im Bundeshaushalt voranzutreiben, zu koordinieren und die Ressorts und die Verwaltungen dabei praxisnah zu beraten.

Auf Basis der Ergebnisse der Pilotphase soll dann mittelfristig eine umfassende Gender-Budgeting-Strategie vorgelegt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie,** Senioren, Frauen und Jugend hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/9042 in seiner 83. Sitzung am 8. März 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/9042 in seiner 79. Sitzung am 8. März 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/9042 in seiner 96. Sitzung am 8. März 2017 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/9042 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefasst.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 8. März 2017

Michael Leutert
Berichterstatter

Alois Rainer
Berichterstatter

Ulrike Gottschalck
Berichterstatterin

Ekin Deligöz
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.